

VERFASSUNG

Verfassungsfrieden gibt dem Volk das letzte Wort

Fürst Hans-Adam II. bittet in seiner Thronrede vom 13. Februar «eine demokratische Entscheidung des liechtensteinischen Volkes zu akzeptieren.» Dieser Bitte schliesst sich das Initiativkomitee Verfassungsfrieden an. Es ist zuversichtlich, dass der Landesfürst den Verfassungsfrieden sanktionieren wird, um zu dokumentieren, dass auch er bereit ist, die «demokratische Entscheidung des Volkes zu akzeptieren.» Eine Sanktionierung ist im Interesse der Glaubwürdigkeit der Staatsorgane. Eine Sanktionsverweigerung des Verfassungsfriedens würde, wie dies Fürst Hans-Adam II. an der Thronrede weiter sagte «das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung in Frage stellen.» Es ist für das Initiativkomitee eine Selbstverständlichkeit, dass das Selbstbestimmungsrecht des Volkes an erster Stelle steht. Dies wird durch die Neuformulierung des Sanktionsrechts des Fürsten dokumentiert. Im Sanktionsrecht gemäss Verfassungsfrieden hat der Fürst nach wie vor ein Veto gegen vom Landtag erlassene Beschlüsse. Gegen vom Volk an der Urne getroffene Entscheide kann der Landesfürst kein Veto einlegen. Damit erhält das Volk das letzte Wort. Der Verfassungsfrieden wird der Forderung des Fürsten nach Akzeptierung demokratischer Entscheidungen des Volkes somit vollumfänglich gerecht. Ebenso wird mit dem Verfassungsfrieden ein weiteres Anliegen des Fürsten umgesetzt, ohne dass die demokratischen Errungenschaften Liechtensteins in Frage gestellt werden. Das Richterernennungsrecht wird einfach aber zielführend entpolitisiert. Das Fürstenhaus entsendet Vertreter in das Richterauswahl-Gremium und kann den Prozess überwachen. Zusätzlich benötigen Richter bei der Wahl durch den Landtag eine Zweidrittel-Mehrheit. Dadurch wird verhindert, dass die Mehrheitspartei ihren Kandidaten «durchdrücken» kann. Weiterer Kernpunkt der Volksinitiative für Verfassungsfrieden ist die Präzisierung der Kompetenzen des Staatsgerichtshofes. Die Neuformulierung von Artikel 112 stellt sicher, dass es bei künftigen Verfassungsstreitigkeiten eine von allen Seiten anerkannte Schiedsstelle im Land gibt.

Initiativkomitee Verfassungsfrieden

Kein Denner in Planken

Standpunkt von Gemeindevorsteher Gaston Jehle

Liebe Luzia

Gerne nehme ich zu deinem Leserbrief vom 13. Februar wie folgt Stellung:

1. Von Anfang an wurde die gesamte Bevölkerung in die Zukunftswerkstatt «Pappla» miteinbezogen. Zudem wurde extra für das Haus Nr. 22 ein zusätzlicher Workshop abgehalten, an welchem ca. 30 Personen teilnahmen und jeder seine Wünsche und Ideen einbringen konnte. Dass nicht alle Wünsche und Ideen umgesetzt werden können, ist wohl allen klar. Der Gemeinderat hat anschliessend einstimmig beschlossen für das Haus Nr. 22 eine projektbezogene Baukommission zu bilden. Die Kommission setzt sich aus verschiedenen Personen von Vereinen, Institutionen resp. interessierten Einwohnern und Einwohnerinnen zusammen. Für mich stellt sich die Frage, wo hier Parteipolitik betrieben wird? Es wurde sogar speziell an diesem Workshop



gefragt, wer würde gerne in der Baukommission mitarbeiten. Auch die FL-Fraktion hat bei der Ernennung der Baukommission zuge-

stimmt. Die Baukommission hat den Antrag für den Bau sowie die Nutzung des Hauses gestellt und dieser wurde mehrheitlich im Gemeinderat (FL-Fraktion war auch dafür) gutgeheissen. Wo ist hier keine offene und bürgernahe Politik?!

2. Es ist nachweisbar, dass die Geschäftsleitung der Denner AG erst nach der Abstimmung über den Kredit die Geschäftspolitik geändert hat. Ich habe mit diversen Gesprächen und Briefen versucht die Geschäftsleitung zu überzeugen, dass wir zusammen mit dem Denner-Satellit Schaan Synergien schaffen könnten, damit der Laden in Planken auch rentabel ist. Dabei haben mir Werner Ospelt jun., Geschäftsführer Denner Satellit Schaan, und der Gebietsleiter der Denner Satelliten Herr Meier noch zusätzlich geholfen. Leider waren wir zusammen nicht erfolgreich.

3. Es ist richtig, dass sich die Nutzung des Hauses im EG, durch

die Absage der Denner AG, geändert hat. Der Gemeinderat hat mehrheitlich beschlossen (FL-Fraktion war auch dafür), dass sobald sich eine Nutzung in einem Geschoss ändert, eine andere Möglichkeit vorhanden sein muss. Dies ist jetzt der Fall. Anstatt dem Verkaufslokal kommt der Jugendraum (mit Mehrfachnutzung) ins EG und darüber wird zusätzlich eine 2. Wohnung gebaut. Bevor der Gemeinderat darüber abgestimmt hat, hat die Baukommission intensiv darüber diskutiert, ob noch weitere Nutzungen möglich wären. Die Baukommission ist zum Entschluss gekommen, dass zum jetzigen Zeitpunkt kein weiterer Nutzungsbedarf vorliegt. Der Gemeinderat hat mehrheitlich beschlossen, dass das Haus Nr. 22 gebaut wird. In einer Demokratie sollte doch ein Mehrheitsbeschluss akzeptiert werden können.

Gaston Jehle
Gemeindevorsteher Planken

FOREN

Regierung überzeugt nicht

In unserem zweiteiligen Forumsbeitrag «So versucht die Regierung den Europarat irrezuführen» haben wir nachgewiesen, dass und wie die Regierung nicht nur dem eigenen Volk, sondern auch den europäischen Instanzen den mit der Fürsteninitiative verbundenen Demokratieabbau zu verschleiern versucht.

Die Regierung hat inzwischen in beiden Landeszeitungen mit einer Stellungnahme, im «Volksblatt» sogar noch mit einem längeren Interview des Regierungschefs reagiert.

Dort bestreitet sie die Richtigkeit

aller unserer Äusserungen – leider aber nur mit den altbekannten blossen Behauptungen und nicht mit neuen Fakten oder gar stichhaltigen Argumenten.

Wir sehen deshalb keinen Grund, von unserer Darstellung abzurücken.

Arbeitskreis Demokratie und Monarchie Der Ausschuss

Freie Liste: Ja zur Initiative Verfassungsfrieden

Die Freie Liste beschloss bereits im November 2002 anlässlich einer Mitglieder-Versammlung, dass ihr Einsatz der Friedensinitiative gel-

ten werde. Die Freie Liste spricht sich daher klar für die Abstimmungsempfehlung: JA zur Initiative Verfassungsfrieden aus.

Damit das JA zur Friedensinitiative auf dem Stimmzettel auch seine ganze Gültigkeit hat, ist es notwendig, auf dem gleichen Stimmzettel das Nein zur Initiative des Fürstenhauses anzukreuzen.

In den vergangenen 2 Jahren widmete sich die Freie Liste in den fl-infos schwerpunktmässig der Auseinandersetzung mit den Inhalten der Fürsteninitiative. Dieses langjährige und intensive Studium des Verfassungstextes der Fürsteninitiative ist die Grundlage der heutigen Stimmempfehlung.

Wesentlichstes Merkmal der

Friedensinitiative ist der im Text festgehaltene Demokratieausbau. Das Volk soll das letzte Wort haben ohne Wenn und Aber.

Die Friedensinitiative ist für die Freie Liste der einzig erfolgversprechende Weg, damit die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner nach der Abstimmung wieder konstruktiv miteinander leben und politisieren können.

Wer sich vor dem Hintergrund von Pro- und Contra-Argumenten mit den Inhalten der Initiative Verfassungsfrieden auseinandersetzen will, ist herzlich eingeladen, an der kontradiktorischen ARENA-Veranstaltung am Montag, den 17.2.2003 um 19.30 Uhr im Gemeindesaal Ruggell teilzunehmen. Freie Liste

ANZEIGE

Adolf Ogi (alt Bundesrat)
„Die Bedeutung des Sports
in der heutigen Welt“

Einladung

Donnerstag 20. Februar 2003
Vaduz, Spörry-Halle, Beginn: 19.30 Uhr

Adolf Ogi
Sonderberater für Sport des UNO/Generalsekretars

Im Anschluss
Adolf Ogi und André Schaller im Gespräch



FBI
FORUMSBEITRÄGE